

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Februar 2022

«Lasse junges Grün wachsen.
Immer wieder!»



ABSTIMMUNGS- VORLAGEN

Informationen und Haltungen zu den
Volksabstimmungen vom 13. Februar
2022. Bilden Sie sich Ihre Meinung!

Seiten 4–7

KINDER VOR TABAK SCHÜTZEN

Fachärztin Dr. med. Jana Siroka im
Interview zu aktuellen Herausforde-
rungen des Gesundheitswesens.

Seiten 8–9

KANTON ZÜRICH

- In Winterthur und Dietikon
EDU wählen
- Meinungsfreiheit
auch für Staatsangestellte?

KANTONALTEIL

INHALT

8-9

Monatsinterview



«Werbeeinschränkungen senken Tabakkonsum signifikant»

Die renommierte Fachärztin Dr. med. Jana Siroka äussert sich im «Standpunkt»-Interview zu aktuellen Herausforderungen des Gesundheitswesens. Mit Überzeugung spricht sich Siroka für die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabak» aus: «Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche gezielt durch Werbung zum Rauchen verführt und abhängig gemacht werden.»

Wichtige Anlässe 2022

Volksabstimmungen	13. Februar, 15. Mai, 25. September, 27. November
Delegiertenversammlungen	2. April, 13. August, 15. Oktober
Strategietagungen	25./26. Februar, 21./22. Oktober
Mitgliederversammlung	2. April
EDU-Seminar	7. Mai
Redaktionsausflug/Redareisli	14. Oktober



Volksabstimmung vom 13. Februar: Parolen der EDU

- Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot»: **Nein**
- Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»: **Ja**
- Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben: **Nein**
- Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien: **Nein**

➔ Nähere Infos finden Sie unter www.edu-schweiz.ch



Wort des Monats

«Eine Geschlechtsangleichung ist für Menschen, die sich in ihrem Körper mit ihrem angeborenem Geschlecht als Mann oder Frau nicht wohl fühlen, oft kein Ausweg. (...) Wie aus dem Bericht hervorgeht, verschreiben manche Therapeuten in Deutschland schon 13-jährigen Betroffenen Hormone.»

IDEA Schweiz bezieht sich in einem Online-Artikel auf einen Bericht über Geschlechtsumwandlungen der deutschen Tageszeitung «Die Welt» (Quelle: www.idea-schweiz.ch, 13. Januar 2022).

- 3 Grusswort: Wachtet
- 4-7 Abstimmungsvorlagen vom 13. Februar
- 11 Israel: Die Ruhe vor dem Sturm?
- 12 Wirtschaft: Subventionen statt Lenkung?
- 13 Nachhaltige Energiekonzepte: Akkus
- 14 Hoffungsbarometer 2022 ist Chance
- 15 klipp & klar - EDU in Aktion
- 16 Kolumne: Nadelstiche
- 18 Serviceseite: Angebote und Termine

www.edu-schweiz.ch

Wachtet!



Kürzlich an einer Versammlung. Der einzige Kandidat für den frei werdenden Sitz war als Gast eingeladen, um sich vorzustellen. Ein Mann mit guten Referenzen, guter Laufbahn und überzeugendem Auftritt, bei dem selbst der christliche Bezug nicht fehlte. Am Ende des Abends, nachdem vier eidgenössische Abstimmungsvorlagen diskutiert, alle Resultate ausgezählt, die Gäste verabschiedet und alle Besucher müde waren und «Stalldrang» hatten, stellte jemand die Frage, ob wir als Partei eine Wahlempfehlung abgeben sollten. Kurzerhand wurde abgestimmt. Die Mehrheit war dafür. Die anwesenden Kantonsrats-Kollegen stimmten dagegen. Sie kannten zwar die unbestrittenen Qualitäten des Kandidaten, aber auch, dass er bei Kernthemen wie Ehe für alle, Genderfragen, Geschlechterwechsel mit 16 Jahren etc. jeweils eine liberale Haltung vertrat.

Was war geschehen? Durch die Müdigkeit wurden alle unvorsichtig. Weder derjenige, der die Frage an den Moderator stellte noch der Moderator, noch die Kantonsratskollegen hatten am Schluss des Abends den Gedanken, den Willen oder die Bereitschaft, nochmals eine kontroverse Diskussion zu beginnen.

Dies sollte ein **Warnschuss** sein, gleich zu Beginn des Jahres. Wir können es uns nicht leisten, nicht wachsam zu sein. Wir brauchen Wächter. Wenn Entscheidungen getroffen werden, müssen wir nüchtern sein, prüfen können. Wir dürfen uns nicht überrumpeln, nicht zu etwas drängen und nicht von der Müdigkeit überwinden lassen. Deshalb heisst es immer wieder: **Wachtet!**

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Lebensschutz-Doppelinitiative lanciert

Mit moderaten Massnahmen die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in der Schweiz senken: Das wollen zwei eidgenössische Volksinitiativen, die kurz vor Weihnachten 2021 lanciert wurden. Mit Nationalrat Andi Gafner und der Berner Grossrätin Katharina Baumann sitzen zwei Vertreter der EDU in den Initiativkomitees.

Mediendienst EDU Schweiz

Die erste Initiative will vor jeder Abtreibung eine Mindest-Bedenkzeit von einem Tag einführen («**Einmal-darüber-schlafen-Initiative**»). Die zweite Initiative richtet sich gegen die schockierende Praxis der Spätabtreibungen («**Lebensfähige-Babys-retten-Initiative**»).

Einmal darüber schlafen

Bei jedem wichtigen Entscheid im Leben macht es Sinn, einmal darüber zu schlafen. Bei einer Abtreibung erst recht. Ein Tag Bedenkzeit schützt Frauen vor überstürzten Entscheidungen unter Druck und Stress. Und nur mit einer Bedenkzeit können sie auch ihr Recht wahrnehmen, den vom Arzt oder der Ärztin überreichten Leitfaden mit Hilfestellen zu konsultieren und um Hilfe nachzufragen. In 18 Ländern Europas existiert bereits eine Bedenkzeit: In Deutschland zum Beispiel schlafen Frauen mindestens dreimal darüber, in Italien siebenmal. In der Schweiz sollen Frauen mindestens einmal darüber schlafen. Damit

könnten schätzungsweise 10 % aller Schwangerschaftsabbrüche, das sind mehr als 1000, vermieden werden.

Lebensfähige Babys retten

Fortschritte in der Neonatologie [befasst sich mit den speziellen Problemen und deren Behandlung von Frühgeborenen] ermöglichen es, dass Frühgeburten bereits in der 22. von 40 Schwangerschaftswochen gerettet werden können und gesund überleben, sofern sie angemessene intensivmedizinische Pflege erhalten. Deshalb sollte ungeborenen Babys zu einem Zeitpunkt, in dem sie ausserhalb des Mutterleibes überleben und atmen könnten, ein absolutes Recht auf Leben zugestanden werden, wie es Frühgeborene haben. Rund 100 Babys pro Jahr könnten dadurch überleben. ●

➔ www.einmal-darueber-schlafen-initiative.ch

➔ www.lebensfaehige-babys-retten-initiative.ch

Tierversuchsverbot: Radikale Initiative mit drakonischen Auswirkungen

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert mit einer Änderung von Artikel 80 und 118 der Bundesverfassung ein radikales, absolutes Verbot von Tierversuchen und von Forschung am Menschen.

Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE



Die Initiative will zudem ein Einfuhr- und Handelsverbot für sämtliche Produkte einführen, die unter Anwendung von Erkenntnissen aus Tierversuchen entwickelt wurden und nach Inkraftsetzung des Verbotes auf den Markt gebracht werden. Schliesslich verlangt sie, dass tierversuchsfreie Ersatzansätze mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhalten wie vormals die Tierversuche.

Tierschutz schon heute wichtig

Das Anliegen des Tierschutzes wird in der Schweiz gross geschrieben und ist nicht umstritten. Nicht zufällig hat die Schweiz eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit. Bezüglich des Tierschutzes erfüllen die heute geltenden Bestimmungen plus / minus die zentralen Forderungen der Initiative. Man kann sich fragen, ob die Initianten die geltenden Bestimmungen wohl konsultiert haben, bevor sie ihre Initiative formulierten. In der Antwort auf meine Interpellation 20.1046 «Schweizer Tierschutz im internationalen Vergleich» sagte der Bundesrat deutlich, dass in der Schweiz wesentlich mehr für den Tierschutz relevante Bereiche geregelt seien als in den umliegenden Ländern und dass die Schweiz gerade im Vergleich zur EU betreffend Vorschriften und Mindestmasse viel weiter sei. Zudem sind alle Tierversuche bewilligungspflichtig und werden von kantonalen Fachleuten unter Einhaltung strenger Richtlinien beurteilt. Man kann auch erfreut feststellen, dass die Anzahl der Tierversuche in den letzten Jahren stark reduziert worden ist. Mit der Schaffung des Kompe-

tenzentrums für die 3R-Forschung werden grosse Beträge eingesetzt, um die Tierversuche wirklich auf das Notwendigste zu reduzieren. Es ist nicht das erste Mal, dass wir in der Schweiz über Tierschutz-Initiativen abstimmen. Die Volksinitiative «für die Abschaffung der Vivisektion» wurde am 1. Dezember 1985 von 70,5 Prozent der Bevölkerung und allen Kantonen abgelehnt. Ebenfalls von Volk und Ständen klar verworfen wurde die Volksinitiative «zur Abschaffung der Tierversuche» am 7. März 1993 (72,2 Prozent Nein-Stimmen).

Zahlreiche Medikamente würden verboten

Die Annahme und Umsetzung dieser Volksinitiative hätten wegen dem darin enthaltenen Handels-, Einfuhr- und Ausfuhrverbot für alle Produkte und Dienstleistungen, die direkt oder indirekt mit Erkenntnissen aus Tierversuchen hergestellt wurden, drakonische Auswirkungen. Ein wesentlicher Teil aller Medikamente der Human-, Veterinär- und Phytomedizin, sowie unter anderem medizinische Behandlungsmethoden und Lebensmittel müssten aus dem Angebot in der Schweiz verschwinden. Weil diese Initiative nur in der Schweiz gelten würde, müssten entsprechende Tierversuche in Niederlassungen respektive Firmen und Universitäten im Ausland durchgeführt werden. Dies, weil insbesondere für die Zulassung von Medikamenten und Technologien für die Human-, Veterinär- und Phytomedizin sowie die medizinisch-wissenschaftliche Grundlagenforschung solche Tierversuchsergebnisse nach standardisierten, staatlich anerkannten Methoden vorgeschrieben sind. In der Schweiz dürften nach Annahme der Initiative solche Produkte und Methoden nicht mehr angewandt respektive verkauft werden, was die Schweizer Forschung vehement zurückwerfen würde.

Die Delegierten der EDU Schweiz empfehlen Ihnen, gemeinsam mit Bundesrat und Parlament am 13. Februar Nein zu stimmen. ●





Werbung für schädliche Tabakprodukte bei Kindern und Jugendlichen ist falsch

Tabak ist schädlich, das ist unbestritten. Besonders für Kinder und Jugendliche, deren Körper sich noch in der Entwicklungsphase befindet.

Abstimmungskomitee «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»

Tabak ist schädlich, das ist unbestritten. Besonders für Kinder und Jugendliche, deren Körper sich noch in der Entwicklungsphase befindet.

Je früher der Tabakkonsum beginnt, desto schädlicher ist seine Wirkung. Davor müssen wir unsere Kinder schützen! Deshalb unterstützt die EDU Schweiz die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung».

Werbung bringt Kinder und Jugendliche zum Rauchen: Der direkte Zusammenhang zwischen Tabakwerbung und -konsum ist durch zahlreiche Studien belegt. Einschränkungen bei der Tabakwerbung schützen insbesondere Jugendliche wirksam vor dem Einstieg in den Tabakkonsum.

Wir müssen Kinder und Jugendliche schützen: Bereits ein Viertel der 17-Jährigen raucht gelegentlich oder regelmässig. Das muss sich ändern. Weil wir als Gesellschaft verpflichtet sind, Kinder und Jugendliche zu schützen und ihre gesunde Entwicklung zu fördern. Deshalb darf ein so schädliches Produkt wie Tabak nicht bei Kindern und Jugendlichen beworben werden.

Nur konsequenter Jugendschutz ist wirksam:

An Minderjährige dürfen keine Tabakprodukte verkauft werden. Konsequenterweise darf Tabakwerbung Kinder und Jugendliche auch nicht erreichen.

Die Wirtschaft trägt die indirekten Kosten des Tabakkonsums – d.h. Produktionsverluste aufgrund des vorübergehenden oder dauerhaften Verlustes der Arbeitsfähigkeit der erkrankten Personen. Nach Friktionskostenansatz (d.h. akuter Ausfall von Arbeitnehmenden und Kosten für Ersatz) sind dies 833 Millionen Franken, bei Berechnung nach Humankapitalansatz (also Verlust von Arbeitskraft für die Gesamtwirtschaft) über 3 Milliarden Franken. Eine andere, konservativere Studie kommt auf einen volkswirtschaftlichen Verlust von 2 Milliarden Schweizer Franken. Der volkswirtschaftliche Verlust beträgt also ein x-faches der Summe, die der Werbewirtschaft und Veranstaltern durch eingeschränkte Werbung entgehen würden.

➔ www.kinderohnetabak.ch

Abschaffung der Emissionsabgabe: Wenige profitieren, der Bürger zahlt die Zeche

Die sogenannten Stempelabgaben waren und sind regelmässig Thema von parlamentarischen Vorstössen. Meist sind es Bemühungen von Vertretern von Wirtschaft und Finanzindustrie, diese Stempelabgaben zu reduzieren oder gar abzuschaffen.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Nun haben Bundesrat und Parlamentsmehrheit mit der Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben beschlossen, die sogenannte Emissionsabgabe auf Eigenkapital abzuschaffen. Diese Abschaffung kostet die Bundeskasse im mehrjährigen Durchschnitt ca. 250 Millionen Franken Einnahmen. Kantone und Gemeinden haben keine direkten Minder-einnahmen. Gegen diesen Beschluss wurde erfolgreich das Referendum ergriffen, die EDU hat dieses in der Unterschriftensammlung nicht unterstützt.

Fällig bei Firmengründung oder Eigenkapital-Aufstockung

Die Emissionsabgabe ist im Bundesgesetz über die Stempelabgaben geregelt. Diese Abgabe muss bezahlt werden, wenn ein Unternehmen neu gegründet wird oder wenn ein bestehendes Unternehmen sein Eigenkapital erhöht. Sie beträgt ein Prozent des aufgenommenen Kapitals. Nimmt ein Unternehmen hingegen Fremdkapital auf, zum Beispiel einen Kredit, so muss es keine Emissionsabgabe bezahlen. Neben der Emissionsabgabe erhebt der Bund noch zwei weitere Stempelabgaben. Die Umsatzabgabe wird auf den Handel mit Wertschriften erhoben und die Versicherungsabgabe auf Prämien für bestimmte Versicherungen.

Bei der Volksabstimmung vom 13. Februar 2022 geht es einzig um die Abschaffung



der Emissionsabgabe; die Umsatz- und die Versicherungsabgabe sind nicht Teil der Abstimmungsvorlage. Bei der Emissionsabgabe gilt ein Freibetrag von einer Million Franken. Übersteigt das aufgenommene Eigenkapital diesen Wert, wird die Abgabe fällig. Bei der Besteuerung gibt es Ausnahmen. So sind gemeinnützige Unternehmen, zum Beispiel Wohnbaugenossenschaften, die günstige Wohnungen anbieten, von der Abgabe befreit. Auch Transportunternehmen bezahlen keine Emissionsabgabe, sofern sie das Eigenkapital von der öffentlichen Hand erhalten.

Fehlendes Verantwortungsbewusstsein

Eine Annahme der Vorlage bewirkt einen nicht durch Einsparungen oder anderweitige Mehreinnahmen kompensierten Einnahmenverlust für die Bundeskasse von ca. 250 Millionen Franken pro Jahr. Angesichts der Corona-Verschuldung zeugt dies nicht gerade von finanzpolitischem Verantwortungsbewusstsein des aktuellen Parlaments. Eine Ablehnung der Vorlage bedeutet für eine relativ kleine Zahl von mittleren und grösseren Unternehmen die Beibehaltung einer relativ geringen Belastung durch die einprozentige Abgabe auf Eigenkapital-Emissionen ab einer Million Franken. Laut Referendumskomitee profitieren grösstenteils international tätige Grosskonzerne, Banken und Versicherungen von der Abschaffung der Emissionsabgabe. Die Bürgerinnen und Bürger hätten nichts davon, im Gegenteil: Sie müssten dafür höhere Steuern bezahlen oder einen Abbau von staatlichen Leistungen in Kauf nehmen. Bundesrat und Parlament empfehlen Annahme der Vorlage. Der Nationalrat sagte Ja mit 120:70 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Der Ständerat befürwortete die Vorlage mit 29:14 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die EDU Schweiz hat die Nein-Parole beschlossen. ●

Gefährliche Medien- subventionen verhindern

An Chuzpe fehlt es dem eidgenössischen Parlament nicht. Ausgerechnet in der politischen Krise wird ein Medienpaket geschnürt, das qualifizierenden Medien (nicht allen!) grossen Geldsegen verspricht.



Marcel Wittwer, Vizepräsident EDU Kanton Thurgau

Medien haben Wächterfunktion

Sollten Medien nicht dann mit Argusaugen über das Politgeschehen wachen, wenn die Regierung ordentliche Prozesse übersteuert? Medien sind der Stachel im Fleisch der Mächtigen, eine ständige Mahnung dessen, dass die Gewählten ihre Machtlegitimation vom Volk ableiten und dem Volk, nicht sich selbst, zu dienen haben. Soweit die Theorie. Wie weit wir in der Realität davon entfernt sind, zeigt die Causa um Ringier-CEO Marc Walder: Unverhohlen werden Redaktionsstuben auf Regierungskurs gebracht. Die zusätzliche Finanzspritze von ca. einer Milliarde, auf – vorerst – sieben Jahre befristet, fügt unserer grossartigen Demokratie Schaden zu und dient dem gegenseitigen Machterhalt von verfilzten Medien- und Politgranden.

Paket fördert Einfalt statt Vielfalt

Das Lied ist nicht neu: Den Strauchelnden müsse geholfen werden. Die neue Subvention sei deshalb ein unverzichtbarer Beitrag, ohne welchen betreffende Medien den Sprung in die Unweiten des Internets nicht schaffen würden. Zunächst ist festzuhalten, dass bereits ein komplexes Geflecht von Mediensubventionen existiert: Dazu gehören Postzustell- und Mehrwertsteuervergünstigungen, die lokalen Subventionen von Privaten und der öffentlichen Hand und anderes mehr. Die Subventionen werden mit dem Gesetzespaket ausgebaut und durch Vergünstigung der Früh- und Sonntagzustellung sowie die Onlinemedienförderung erweitert. Bisher sind nur Zeitungen bis zu einer Auflage

von 40'000 in den Genuss der Subvention gekommen. Der Bärenanteil der jährlich neu fliessenden 178 Millionen Franken erreicht aufgrund der neuformulierten Kriterien nicht etwa primär notleidende Medienunternehmen, wie es von befürwortender Seite suggeriert wird, sondern insbesondere jene mit grossen Strukturen. Was gerne verschwiegen wird, weil es nicht zum romantischen Bild der Nachrichtenvielfalt passt, ist die zunehmende Marktkonzentration auf wenige Medienkonglomerate. Beliebtes Opfer ihrer Entschlackungsprogramme sind die Regionalnachrichten. Zudem lässt sich wettbewerbspolitisch schwer nachvollziehen, weshalb Gratismedien von der Subvention ausgeschlossen wurden.

Freier Medienmarkt funktioniert, wenn man ihn nur liesse

Wir konsumieren Informationen nun einmal anders als früher. Im Onlinebereich schiessen die Angebote wie Pilze aus dem Boden. Ganz ohne staatliche Almosen. Der mehr oder minder freie Informationsmarkt funktioniert. Hat dieser Markt Schwächen? Natürlich, wie jeder andere auch. Sind die Informationen von minderer Qualität? Möglich, aber gewiss nicht alle. Wollen wir Zensur? Nein. Lehnen wir die kostspielige Medienunterstützung ab, könnte dies für die hiesigen Medien ein Schuss vor den Bug sein. Stoppen wir die demokratiepolitisch bedenklichen Vorgänge mit einem Nein am 13. Februar. ●

«Werbeeinschränkungen senken Tabakkonsum signifikant»

Vor welchen Herausforderungen steht unser Gesundheitswesen? Die renommierte Fachärztin Dr. med. Jana Siroka im «Standpunkt»-Interview.

Karin Hirschi

Am 13. Februar 2022 stimmen wir über ein Verbot der Tabakwerbung für Kinder und Jugendliche ab. Warum ist diese Abstimmung nötig?

Die Mehrheit der Raucher beginnt vor dem 18. Lebensjahr. Rauchen macht schnell abhängig und verursacht nachweislich diverse gesundheitliche Schäden. So hat die Ärzteschaft in Form vieler Erkrankungen sehr konkret mit den Folgen des Tabakkonsums ihrer Patientinnen und Patienten zu kämpfen. Unser Anliegen ist eigentlich simpel. Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche gezielt durch Werbung zum Rauchen verführt und abhängig gemacht werden. Es ist erwiesen, dass Einschränkungen der Werbung, Promotion und des Sponsorings, die Jugendliche erreichen, eine signifikante Senkung des Tabakkonsums bewirken. Deshalb setzen sich viele Organisationen, unter ihnen die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), für konsequenten Jugendschutz ein und unterstützen die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung». Die Initiative ist nötig, weil der Jugendschutz in der aktuellen Version des Tabakproduktegesetzes ungenügend ist.

Es ist anzunehmen, dass die Tabakindustrie im Vorfeld kräftig für ihr Anliegen werben wird. Wie können wir (als Einzelne oder als Institutionen) ein Gegengewicht schaffen?

In Arztpraxen der Schweizer Kinder- und Hausärzte lagen Unterschriftenbögen auf. Die FMH setzt sich ideell und finanziell für die Initiative ein. Jeder Schweizer Bürger kann Informationen und Materialien auf der Website www.kinderohnetabak.ch finden und in seinem Freundes- und Bekanntenkreis, im Büro oder Spital auf diese Initiative aufmerksam machen und somit Bewusstsein schaffen.



Neben der aktuellen Abstimmung beschäftigt der Spardruck alle im Gesundheitswesen. Wo wirkt sich der Druck negativ auf die Arbeitsbedingungen aus, wo ist die Qualität der Gesundheitsversorgung gefährdet?

In der Schweiz haben wir nach wie vor eines der besten Gesundheitswesen der Welt. Die Patientinnen und Patienten sind zufrieden mit ihrer Gesundheitsversorgung und das Vertrauen in die Ärzteschaft ist hoch. Wir müssen aber aufpassen, dass dies auch weiterhin so bleibt. Ich bin besorgt, dass politische Massnahmen diese gute Versorgung beeinträchtigen könnten. Die über Jahre andauernde Rhetorik der Kostendämpfung begünstigt Massnahmen und Überregulierungen wie ein Globalbudget. Dies könnte die Qualität der Patientenversorgung und die freie Arztwahl beeinträchtigen. Leiden würden darunter vor allem finanziell schwächere und chronisch oder mehrfacherkrankte «teure» Patientinnen und Patienten.

Es gibt zunehmend mehr Menschen, die die Krankenkassenprämien kaum bezahlen können. Kann Medizin ohne Leistungseinbussen kostengünstiger werden?

Die Belastung der Haushalte durch die Prämien ist unbedingt ernst zu nehmen! Übergeordnet ist es eine Finanzierungsfrage und durch kantonale Unterstützung der belasteten Haushalte ist das Problem entschärft worden. In manchen Kantonen wurden diese Zahlungen jedoch nun heruntergefahren. Aber zu Ihrer Frage, ja, wir könnten bei den Strukturen sparen, so dass die Patientenversorgung nicht beeinträchtigt wird. Heute kann man dank des medizinischen Fortschritts mehr Behandlungen mit kürzeren Spitalaufenthalten machen. Derzeit geht aber die Verschiebung von den stationären Behandlungen mit Spitalübernachtung zu den ambulanten kostengünstigeren Leistungen zu Lasten der Prämienzahler, weil stationäre Behandlungen mehrheitlich kantonal steuerfinanziert sind, während ambulante Leistungen zu 100 Prozent von den Prämienzahlenden finanziert werden. Deswegen unterstützt die FMH die einheitliche Finanzierung EFAS als eine mögliche Massnahme, um Kosten zu sparen, ohne Qualitätseinbussen zu erleiden.

Thema Fallpauschalen: Bekommen die Patienten diese Form der Sparpolitik negativ zu spüren? Kommen Privatkliniken deswegen in Schwierigkeiten?

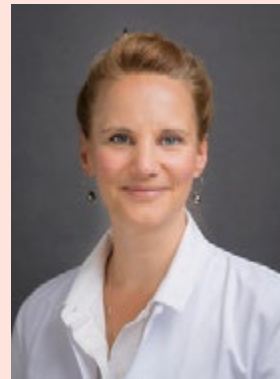
Wie sich die neue Spitalfinanzierung inkl. der Einführung der Fallpauschalen in den Spitälern der Akutsomatik im Jahr 2012 auswirkte, hat das Bundesamt für Gesundheit im Rahmen seiner KVG-Evaluation Spitalfinanzierung untersuchen lassen. Eine systematische Verschlechterung der Qualität, wie teilweise vor der Revision befürchtet, wurde nicht bestätigt. Nach wie vor schätzen nahezu 90% unserer Spitalärztinnen und Ärzte der Akutsomatik die Versorgungsqualität in ihrem unmittelbaren Arbeitsbereich als sehr gut oder eher gut ein. Die Privatspitäler sind seit der neuen Spitalfinanzierung bzgl. der Vergabe von Leistungsaufträgen gleich zu behandeln wie die öffentlichen Spitäler. Viel mehr Sorgen als die vergangene KVG-Revision machen mir die aktuellen Regulierungsvorschläge des Bundesrates wie der indirekte Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative. Die angedachte Zielvorgabe gemäss Art. 54 E-KVG, welche einem Globalbudget entspricht, ist eine grosse Gefahr für die Qualität der Patientenversorgung.

Wenn Sie zwei Wünsche offen hätten im Hinblick auf Ihre Tätigkeit als Ärztin und auf Ihr politisches Engagement: Was würden Sie sich wünschen?

Das ist eine schöne letzte Frage. Ich bedanke mich dafür.

Als Ärztin wünsche ich mir innere Ruhe für meine Tätigkeit mit meinen Patientinnen und Patienten. Inneren Raum, mich an ihr Bett zu setzen. Sie mit ihren Wünschen und Bedürfnissen als Menschen in ihrer physischen, seelischen und spirituellen Dimension wahrzunehmen und gemeinsam mit ihnen einen Weg zu finden, der ihrem inneren Wesen entspricht.

Und politisch wünsche ich mir in dieser Zeit der zunehmenden Polarisierung, Brücken zu bauen. Brücken, auf denen wir aufeinander zugehen, um miteinander zu sprechen und uns zuzuhören – unabhängig davon, welche Gesinnung oder Meinung wir haben. Das wäre mein schönstes Geschenk für das Jahr 2022! ●



Zur Person

Dr. med. Jana Siroka, Fachärztin für Intensivmedizin und Fachärztin für Allgemeine Innere Medizin, Mitglied Zentralvorstand FMH, Departement Stationäre Versorgung und Tarife, Leitende Ärztin Notfallstation/IMC Klinik Arlesheim

Illegale Einwanderung – ein gefährliches trojanisches Pferd für Europa und die Schweiz?

Aus Afrika und dem mittleren Osten bahnt sich eine für Westeuropa und die Schweiz gefährliche Zunahme von Flüchtlingen und illegalen Einwanderern an.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Zwar sind ein Teil dieser betroffenen Menschen effektiv Flüchtlinge nach Definition der UNO-Konvention, die ihre Heimat wegen (islamischen) Terrorbanden und Bürgerkrieg verlassen. Aber mehrheitlich handelt es sich um illegale Einwanderer, die ihre Herkunftsländer vor allem wegen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Misere verlassen und sich in Europa ein besseres Leben erhoffen. Diese gemischten Gruppen aus echten Flüchtlingen und illegalen Einwanderern versuchen auf

zum Teil lebensgefährlichen Routen nach Europa zu gelangen. Bekannt sind auch gezielte Einschleusungsversuche von islamischen Terroristen durch ihre Organisationen. Bekannt sind auch die Tragödien in überladenen Schlauchbooten auf dem Mittelmeer, mit denen sich Menschen auf den Weg nach Italien, Spanien oder Griechenland begeben haben – oder im Atlantik auf den Weg auf die Kanarischen Inseln oder bei Überquerungsversuchen im Ärmelka-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

nal zwischen Frankreich und England. Auch auf der Landroute ereignen sich tragische Schicksale, z.B. zwischen der Türkei und Griechenland beim Grenzfluss Ebro oder im Euro-Tunnel unter dem Ärmelkanal. Äusserst bedenklich sind die Erpressungsversuche von Diktatoren wie Erdogan oder Lukaschenko (als Marionette von Präsident Putin) gegenüber Europa, die mit der Not dieser verzweifelten Menschenmassen rücksichtslos versuchen, Europa zu destabilisieren resp. zu islamisieren. Leider teilweise mit gutem Erfolg.

Destabilisierung Europas

Die neusten Szenen dieser Tragödie ereignen sich an der Grenze zwischen Weissrussland und Polen resp. den baltischen Staaten, z.T. auch an der Grenze zwischen Russland und Norwegen und an den EU-Aussengrenzen von Ungarn. Obwohl die EU dauernd den Schengenraum und das Dublin-Abkommen beschwört, schiessen Brüssel und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Regierungen in Polen und Ungarn in den Rücken, weil diese sich richtigerweise gegen die illegale Masseneinwanderung wehren und bewachte Schengen-Grenzzäune einrichten. Weissrussland hat zwar entlang seiner Westgrenze zu Polen seit langem einen bewachten Befestigungszaun, um die Flucht der Weissrussen in den Westen zu verhindern, lässt diesen Zaun aber ohne Hemmungen von den extra herbei transportierten illegalen Einwanderern niederreißen, um die EU zu fluten. Hier müsste die Schweiz in Brüssel nicht nur

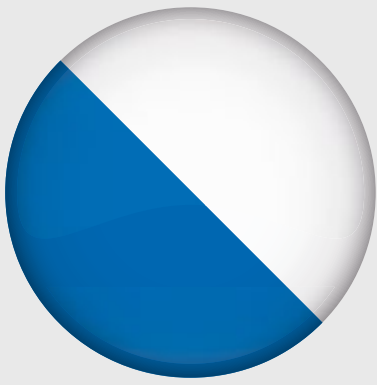
Gratis-Milliarden verteilen, sondern verlangen, dass die Sicherung der Schengen-Aussengrenzen von Brüssel in Polen und Ungarn aktiv unterstützt und nicht sabotiert wird.

Massenhafter Asyl-Missbrauch

Westeuropa und auch die Schweiz werden sich über die Folgen der jahrelangen stillschweigenden Tolerierung des Massen-Missbrauchs des Asylrechts durch illegale Einwanderung aus afrikanischen und islamischen Staaten wundern. Bei der Entwicklung der Kriminalität sprechen die Statistiken in diversen europäischen Ländern, u.a. in Deutschland und der Schweiz, eine deutliche Sprache. Migranten und Asylanten – vor allem aus Afrika und islamischen Staaten – begehen auffallend häufig Delikte in den Bereichen Diebstahl, Drogenhandel, Vergewaltigung, Erpressung, häusliche Gewalt, Gewaltverbrechen. Die politische Linke, die links-dominierten Mainstream-Medien und die Gutmenschen-Propaganda versuchen dies zu verschweigen, zu vertuschen oder kleinzureden. Es wird auch in der Schweiz versucht, Polizei und Justiz, sowie den Nicht-Mainstream-Medien einen Maulkorb zu verpassen, damit nicht bekannt wird, dass Straftäter mit Migrationshintergrund, sowie Asylanten aus Afrika und den islamischen Ländern einen zunehmend grossen Teil von Kriminalität und Gewaltdelikten zu verantworten haben. Hier müssen im Interesse der Sicherheit von Bevölkerung und echten Flüchtlingen sowie des Rechtsstaates unbedingt die geltenden Bestimmungen des Asyl- und Ausländergesetzes, sowie der vom Volk angenommenen Ausschaffungsinitiative durchgesetzt werden.

Die heute zu nachsichtige Behandlung von Asyl-Delinquenten wird sich rächen, wenn die Bürger zunehmend in ihrem Umfeld Gewaltdelikte von «Flüchtlingen» erleben und sich von der Justiz und Politik für dumm verkauft vorkommen. Das muss unbedingt durch konsequente Anwendung der geltenden rechtlichen Bestimmungen im Straf- und Asylrecht verhindert werden. Sonst fliegt uns dieses Problem eines nicht allzufernen Tages um die Ohren. ●





KANTON ZÜRICH

Wort des Vizepräsidenten



Heinz Kyburz

Vizepräsident EDU Kanton Zürich, ehem. EDU-Kantonsrat, Meilen

Sinn und Unsinn

Im September haben die Stimmberechtigten mit der Zustimmung zur «Ehe für alle» zum Ausdruck gebracht, dass ihnen im Grunde genommen wenig an der Ehe liegt. Ideologische Interessen wurden über das Wohl der Kinder gestellt. Menschen, denen es an leitenden Grundüberzeugungen fehlt, lassen sich vom Mainstream treiben und dienen den Mächtigen, die den Mainstream bestimmen. Das gilt auch für die Corona-Debatte. Nach bald zwei Jahren Erfahrung spüre ich von unseren politischen Verantwortlichen wenig Sachkompetenz, um einen Weg aus der Krise aufzuzeigen. Unter dramaturgischer

Mithilfe der Medien werden laufend neue Schreckensszenarien gemeldet, die ein Klima von Angst und Verunsicherung schüren. Damit legitimiert der Staat sein diffuses Handeln und scheut sich auch nicht, die Verfassung zu verletzen und Andersdenkende auszugrenzen. Bei allem Unsinn, den sich unsere Gesellschaft und unser Staat im vergangenen Jahr geleistet haben, bleibt mir dennoch die Hoffnung auf ein Umdenken der Beteiligten. Denn jeder kann durch Mut, Weisheit und Engagement einen Beitrag zu den nötigen Veränderungen leisten. ●

Gebet in Männedorf

Margrit Vetter

für die EDU-Gebetsgruppe Männedorf

Seit den Kantonsratswahlen 2007, als 5 EDU-Kantonsräte gewählt wurden, trifft sich unsere Gebetsgruppe. Wir haben verschiedene Ein- und Austritte erlebt. Neben den Anliegen der EDU und ihrer Vertreter, beten wir auch für die anderen Politiker, für die Kirchen und Gemeinden, für verfolgte Christen, für Israel, für aktuelle Probleme in der Welt und für unsere eigenen Anliegen. In dieser langen Zeit sind wir zu einer eingeschworenen, verbindlichen Gruppe zusammen-



gewachsen. Im Moment sind wir 4 Frauen. Offenheit und Vertrauen prägen unsere Zusammenkünfte, bei denen viel und oft gelacht wird. Wir leben das 4-G-Prinzip schon seit je her; es wird geglaubt, gebetet, gedankt und gelacht. Für die Zukunft wollen wir uns an die 1-G-Regel halten: GESEGNET. Wir sind Gott dankbar für die Zeit mit Ihm und miteinander.

Kontaktdaten der Gebetsgruppe siehe Seite 4. ●



Parlamentswahlen (Teil 1)

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Liste 9



Zeno Dähler
wieder ins Stadt Parlament

Am 13. Februar tritt die EDU zu den Parlamentswahlen in Winterthur und Dietikon an.

Zeno Dähler

ist seit über neun Jahren für die EDU im Winterthurer Parlament und Mitglied der Sachkommission «Bau und Betriebe». Er arbeitet als Head of Customer Service bei A+E Informatik GmbH und engagiert sich im Stadtgebiet Winterthur.

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Liste 9



Simon Gonçalves
ins Stadt Parlament

Simon Gonçalves

ist 33-jährig und verheiratet. Der angehende Sozialpädagoge arbeitet als Community Manager und Musiker bei «Street Church», einem Projekt der reformierten Landeskirche in der Stadt Zürich. Zusammen mit seinen Geschwistern singt und musiziert Simon seit mehreren Jahren in der Band «The Kuziem Brothers», die auch eigene Kompositionen herausbringt.

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Liste 9



Hans Müller
ins Stadt Parlament

Hans Müller

Der Newcomer ist 23-jährig und studiert Systemtechnik am Technikum in Winterthur. Nachdem er über ein Jahr in Fribourg auf seinem Lehrberuf als Automatiker gearbeitet hat, um Französisch zu lernen, ist er seit letztem Sommer zurück in der Heimat. Neben Politik und Studium ist er in der Winterthurer Band «Mad Genius» als Schlagzeuger aktiv.

Walter Schmid

ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Der ehemalige Prokurist bei «Meos interkulturelle Dienste» ist seit Mitte 2021 pensioniert. Als Laienprediger reist er gerne in fremde Länder. Wichtig sind ihm soziale Gerechtigkeit, Stärkung der Familie, Förderung der Ausbildung in Schule und Beruf, Integration unserer ausländischen Freunde und Bewahrung der Schöpfung.

Margrith Stähli

Die ehemalige Primarlehrerin war Initiantin der erfolgreichen Solidaritätsaktion «Dietiker Wäppli» zur Unterstützung des örtlichen Gewerbes. Seit vielen Jahren ist sie Präsidentin des gemeinnützigen Vereins «Krankenmobilen Limmatal».

Raphael Spitznagel

ist verheiratet mit Cornelia; sie haben vier Kinder. Raphael leitet die «Spitznagel Creativ Bau GmbH» und ist seit über zehn Jahren Mitglied des Vorstands der «Dörfli-Genossenschaft Wolfsmatt» in Dietikon. ●

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Margrith Stähli
in den Gemeinderat Dietikon
Mit Jesus in eine sichere Zukunft
Liste 9



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Liste 9
Mit Jesus in eine sichere Zukunft
Walter Schmid
in den Gemeinderat



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Liste 9
Mit Jesus in eine sichere Zukunft
Raphael Spitznagel
in den Gemeinderat



Wahlen
Stadt Parlament
Winterthur



Christoph Meier
«An Gottes Segen ist alles gelegen»
1963 | geschieden
Service Delivery Manager

Zeno Dähler | bisher
«Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst»
1976 | verlobt | Head of Costumer Service

Simon Gonçalves
«Man wählt sich nicht selbst»
1988 | verheiratet
Community Manager/Musiker

Viviane Breu
«Ich stehe für drei F: Friede, Freude, Freiheit»
1960 | verheiratet | Hausfrau

Hermann Baur
«Jesus Christus: Die Wahrheit wird euch frei machen»
1950 | verheiratet
Geschäftsmann, pensioniert

Hans Müller
«Gott alle Ehre»
1998 | ledig | Student

Daniel Suter
«Betel, freie Schweizer betet»
1960 | verheiratet | Geschäftsführer

Priscilla Schwab
«Bring Licht in dein Leben»
1968 | verheiratet
Familienfrau, Unternehmerin

Claudia Schiesser-Gut
«Tu, was dein Herz dir sagt – du wirst so oder so kritisiert»
1960 | verwitwet
Lerntherapeutin

Liste 9

UNSERE SCHWERPUNKTE
Leben schützen
Der zunehmende Verlust von Ehrfurcht und Respekt vor dem Leben in seinen verschiedenen Phasen zerstört die Gesellschaft. Geben in seinen verschiedenen Leben Geschenk und Auftrag. Für die EDU ist das menschliche Rechtsgut. Es ist von der Zeugung bis zum Tod zu achten und zu schützen. Darum sind Menschenhandel,...

TIPPS ZUR WAHL
EDU-Wahlzettel verwenden
Wählen Sie mit der unveränderten EDU-Liste 9. Wenn Sie Kandidaten anderer Parteien auf den EDU-Wahlzettel schreiben, schwächen Sie die EDU. Auch leere...



Meinungsfreiheit?



Hans Egli

EDU-Kantonsrat, Steinmaur

Dem Regierungsrat sind Diversität unter den Staatsangestellten wichtig. Geht es jedoch um die Meinungsäusserungsfreiheit, hat dies negative Konsequenzen für die Betroffenen.

In der Bundesverfassung Art. 16.2 steht: «Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten.» Es wurden Ereignisse bekannt, bei denen die Meinungsäusserungsfreiheit (v. a. das Kritisieren einzelner Corona-Massnahmen) von Staatsangestellten nicht gewährleistet wurde bzw. das Ausüben dieses Grundrechtes für diese Konsequenzen hatte (u. a. für einen angehenden Staatsanwalt).

Vor diesem Hintergrund bitten die drei Kantonsräte Hans Egli, Valentin Landmann und Erich Vontobel den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht der Regierungsrat die von der Verfassung garantierte Meinungsäusserungsfreiheit?

2. Ist das Kritisieren der unserer Verfassung zum Teil entgegenstehenden Corona-Massnahmen durch Staatsangestellte problematisch? Weshalb? Wo sind die Grenzen des noch Erlaubten?

3. Über die Verhältnismässigkeit von Corona-Massnahmen kann man geteilter Meinung sein. Wo sieht der Regierungsrat mögliche Gefahren, wenn gerade bei diesem sensiblen Thema die Kantonspolizei Gesinnungsethik einfordert, und was wären die zu ergreifenden Massnahmen?

4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die von der Verfassung garantierte Meinungsäusserungsfreiheit für Staatsangestellte im selben Umfang wie für den Rest der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist?

5. Der Regierungsrat hat bei anderer Gelegenheit betont, dass ihm Diversität unter den Staatsangestellten wichtig ist. Wie steht er zu diesem Bekenntnis bezüglich denjenigen, die im Rahmen ihrer Meinungsäusserungsfreiheit die Corona-Massnahmen kritisieren? ●

Nicht geimpft – gekündigt?



Thomas Lamprecht

EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Es gibt Hinweise, dass Unternehmen die Covid-Impfung verlangen, auch wenn sie nicht im Gesundheitsbereich tätig sind. Mitarbeiter kommen unter Druck, es droht den Nichtgeimpften gar die Entlassung.

Darum bitten die Kantonsräte Thomas Lamprecht, Nina Fehr Düsel und Alex Gantner den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Können Arbeitsverträge oder Gesamtarbeitsverträge Klauseln enthalten, die Arbeitnehmer zu Impfungen anhalten? Wenn ja, was sind die gesetzlichen Grundlagen in Bund und Kanton?

2. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass Unternehmen (insbesondere Fluggesellschaften, Logistik, Hotellerie, Restaurants, Bildungswesen) vom Personal eine Covid-Impfung angeblich «freiwillig» verlangen oder diese «dringend nahelegen»? Wie stellt er sich zur Problematik, auch betreffend seiner eigenen Verwaltung?

3. Sind dem Amt für Wirtschaft Fälle von impfbedingten Kündigungen bekannt? Wie gehen die Mitarbeiter der RAVs mit solchen Fällen um?

4. Was unternimmt der Regierungsrat für den Schutz dieser Arbeitnehmer?

5. Wohin können sich Arbeitnehmer wenden? ●



PARTEITAG

2022

EDU Kanton Zürich

Herzliche Gratulation

«ER MACHT MICH WIEDER JUNG
UND STARK WIE EIN ADLER»

PSALM 103,5

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern,
die im Februar 2022 einen runden
Geburtstag feiern.

Emanuel Maag, Steinmaur
Richard Zollinger, Steinmaur
David Zürcher, Bülach

Herzlichen Dank für Ihre Spende.



Allgemeine Spenden werden zwischen
der EDU Schweiz und der EDU Kanton
Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich
unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6.
Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen ab-
zugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000.
Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie
im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen?
Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger:
044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Anzeige

Suche per sofort
2½- oder 3-Zi-Wohnung im Raum
Dielsdorf. Danke für Hinweise an:
emundem@gmx.ch

Gebetstreffen

- Bülach:** jeweils 2.+4. Montag des Monats, 20 Uhr:
14. und 28. Febr. sowie 14. und 28. März
Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93
- Männedorf:** jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr
in den geraden Kalenderwochen:
9. und 23. Febr. sowie 9. und 23. März
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43
- Richterswil:** jeweils am 2. Freitag des Monats um 19.30 Uhr:
11. Feb., 11. März, 8. April, 13. Mai, 10. Juni
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23
- Rüti:** jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr:
7. Feb., 7. März, 4. April, 2. Mai, 13. Juni
ETG (Evangelische Täufergemeinde) Rüti,
Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Maya Gustavs 055 240 73 53
- Uster:** jeweils am letzten Donnerstag des Monats
18.00–19.30 Uhr: 24. Febr., 31. März, 28. April
Gebetshaus, Buchhaldenweg 11, Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16

**Zum Aufbau unserer Jungpartei suchen wir einen
Jugendmitarbeiter (20–40%). Wir bieten Dir eine
spannende, sinnvolle und entlohnte Tätigkeit, in
der Du Dich persönlich entfalten kannst.**

Dein Herz schlägt für Gott und die Schweiz

DEIN PROFIL Du bist ein Leitertyp, der andere begeistern kann |
... bist 25–35-jährig, wünschst Dir flexible Arbeitszeiten und magst
Home-Office | ... bist auf Social Media präsent und stehst zu Deinen
Überzeugungen | ... teilst die Werte und Ziele der EDU

DEINE AUFGABEN Du gewinnst junge Christen für die Politik und
unterstützt sie in ihrem Engagement | ... nutzt Social Media und
organisierst Events und Kampagnen | ... nimmst an Podiums-
diskussionen an Schulen teil | ... wirst Mitglied der Geschäftslei-
tung der EDU Kanton Zürich

WERDE TEIL UNSERES TEAMS, BEWIRB DICH JETZT
Auskünfte: 052 222 42 61 | Bewerbung an: sekretariat@edu-zh.ch

Impressum **EDU Kanton Zürich**
Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto

Postkonto: 80-37173-6 IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6
Redaktion Daniel Suter, Beatrice Zurflüh
Gestaltung Lukas Frey
Bilder: S. 1: pxhere.com

Die Ruhe vor dem Sturm?

Seit dem Machtwechsel Mitte Juni 2021 durch das Duo Bennett-Lapid sind für israelische Verhältnisse recht ruhige Zeiten angebrochen. Dies ist umso erstaunlicher als man dem fragilen, aus acht unterschiedlichsten Parteien zusammengesetzten Kabinett wenig Kredit einräumte.



Eveline Rytz

Obwohl Naftali Bennett vor den vierten Wahlen in zwei Jahren eine Regierungsbeteiligung von Linken und Arabern völlig ausschloss, sitzen nun ebensolche in seinem Zweckbündnis! So sollen er und Jair Lapid an Mansour Abbas nicht weniger als 53 Milliarden Schekel (über 15 Mrd. Franken) bezahlt haben, um ihn zur Unterstützung der Regierung zu bewegen! Obwohl Mansours arabische Partei Ra'am, eine islamische Bewegung mit engen Verbindungen zur Hamas, nur vier Sitze im Parlament hat, kann sie die Regierung jederzeit nach Belieben stürzen.

Ein erster grosser innenpolitischer Erfolg für die «Regierung des Wandels» von Bennett-Lapid wurde am 4. November 2021 Tatsache. Israel hat nach drei Jahren endlich wieder einen Haushaltsplan, dies nach stundenlangen Debatten mit mehreren Zwischenabstimmungen. Ambitionen hegt die neue Regierung auch auf dem Golan, soll doch dort bis zum Ende der 20er-Jahre die Bevölkerungszahl verdoppelt werden. Im März 2019 hatte der damalige US-Präsident Donald Trump Israels Souveränität über den Golan anerkannt. Joe Biden, der diese Anerkennung zwar bis heute nicht zurückgenommen hat, gilt jedoch spätestens seit dem desaströsen Abzug aus Afghanistan nicht mehr als verlässlicher Partner. Zudem zeigt sich seine Vizepräsidentin Kamala Harris, obwohl mit einem Juden verheiratet, nicht gerade Israel-freundlich und ein links-progressiver Flügel der Demokraten hat erstmals im Kongress Finanzhilfen für Israels Raketenabwehrsystem Iron Dome verhindert. In einer separaten Entscheidung des Repräsentantenhauses wurden diese dann einige Tage später doch noch genehmigt.

Gegen Israel – Schweiz macht mit

Im Nachgang zum mörderischen Raketenbeschuss durch die radikalislamische Hamas im letzten Mai

will der UNO-Menschenrechtsrat, welcher sich seit seiner Gründung auf Israel eingeschossen hat, das Verhältnis Israels gegenüber Palästinensern begutachten. Eine Kommission, der u.a. Vertreter aus China, Russland, Mauretanien, Libyen oder Eritrea angehören, soll alljährlich Israels Armee untersuchen. Die Hamas als eigentliche Aggressorin wird nicht mal erwähnt, geschweige denn unter die Lupe genommen. Unter der Prämisse «die Schweiz setzte sich für eine angemessene Finanzierung des Menschenrechtsbereichs der UNO ein» hat leider auch unser Bundespräsident, Aussenminister Ignazio Cassis zugestimmt.

Wahrer oder falscher Friede?

Im Schatten der weltweiten Corona-Krise ereignete sich 2020 in den letzten Monaten der Ära Netanyahu Erstaunliches. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrain schlossen Frieden mit Israel! Marokko und Sudan haben einen Normalisierungsprozess begonnen und Oman und Mauretanien werden wohl in Kürze folgen. Das sogenannte Abraham-Abkommen ist der erste Friedensvertrag seit 1994 (Jordanien) und 1979 (Ägypten). Die neuen Verhältnisse bringen in erster Linie wirtschaftliche Chancen, sind aber auch sicherheitspolitisch relevant. Der gemeinsame schiitische Feind Iran stellt die grösste Bedrohung für die sunnitischen Araber und insbesondere Israel dar. Iran verfügt über ein grösseres Arsenal ballistischer Raketen, von denen sein verlängerter Arm, die Hisbollah, 140 000 an Israels Nordgrenze zum Libanon stationiert hat.

Trotz rigiden Lockdowns und Einreiseverboten kämpft auch das Impfmusterland Israel weiterhin gegen das unsichtbare Corona-Virus. Infolge der rasant ansteigenden Infektionszahlen durch Omikron wird in Israel nicht nur geboostert, sondern über 60-Jährigen bereits die vierte Impfung verabreicht. Von allen Bedrohungen scheint aktuell jene an der Covid-Front gerade die herausforderndste zu sein. ●

Subventionen statt Lenkung? CO₂-Gesetz zum Zweiten

Die Klimapolitik wandelt auf Irrwegen. Nach dem Nein des Schweizer Souveräns zum ersten CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 braucht es nun einen lenkungsasierten Ansatz und nicht Subventionen.

Thomas Lamprecht, Vizepräsident EDU Schweiz



Zur Frage, woran das CO₂-Gesetz gescheitert sei, sehen die Linken die Ursache in erster Linie bei den Lenkungsabgaben. Diese Aussage sehe ich aber als Manipulation. Denn die Linken sind gegen Lenkungen, dafür für mehr staatliche Interventionen. Leider sind die bürgerlichen Parteien etwas still geworden. Ich vermisse eine gemeinsame Strategie für eine bürgerliche Klimapolitik.

Ziel: Lenkungswirkung erreichen

Dabei wäre ein ökonomischer Lösungsansatz zur Reduktion des CO₂-Ausstosses wesentlich einfacher: Mit reinen Lenkungsabgaben sollte sichergestellt werden, dass die Verursacher von Emissionen für diese auch bezahlen. Die damit erzielten Einnahmen – dies ist der entscheidende Punkt – sollte der Staat wieder an die breite Bevölkerung zurückerstatten, denn unser Ziel sollte die angestrebte Lenkungswirkung sein – und nicht das Generieren von zusätzlichen Staatseinnahmen. Dies kann zum Beispiel in Form einer Gutschrift bei der Steuerrechnung geschehen. Ein solcher allgemeiner Preis für Treibhausgase macht die meisten Regulierungen und Subventionen überflüssig. Er hat auch den Vorteil, dass er die Produktion und damit den Konsum von emissionsintensiven Produkten und Dienstleistungen teurer macht und nicht die geförderten billiger.

Das neue CO₂-Gesetz in Kürze

Nach dem gescheiterten CO₂-Gesetz präsentiert der Bundesrat eine Neuauflage davon. Und jetzt passiert genau das, was ich befürchtet habe. Der lenkungsasierte Ansatz

wird abgeschwächt und die Subventionen halten Einzug. Das Motto: «Es braucht staatliche Unterstützungen». Die Lenkungsabgabe, welche auf den fossilen Brennstoffen Öl und Gas erhoben wird, will der Bundesrat nur noch zur Hälfte rückverteilen. Damit reduziert sich die Lenkungswirkung. Die Konsequenz: die klimafreundlichen Haushalte erhalten bei der Rückverteilung weniger Geld. Künftig soll also statt einem Drittel die Hälfte der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe für Gebäudesanierungen zur Verfügung stehen. Die Mittel fließen als Subventionen zu Hauseigentümern, um deren Gebäudesanierung und den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen mitzufinanzieren.

Folgende Punkte will der Bundesrat subventionieren, fördern, zweckbinden und unterstützen – alles staatliche Handlungen, welche nicht lenken, sondern durch die Verwaltung bevorzugen:

- Den Ersatz von fossilen Heizungen durch erneuerbare Energien mit zusätzlichen 40 Millionen Franken pro Jahr subventionieren.
- Den Bau von Ladestationen fördern – beispielsweise in Siedlungen oder bei Firmengebäuden (210 Millionen Franken).
- Im öffentlichen Verkehr das fragwürdige Steuerprivileg für Dieselbusse aufheben. Die Mehreinnahmen werden zweckgebunden eingesetzt, um den Anteil von Bussen mit Elektro- und Wasserstoffantrieb zu erhöhen.
- Die SBB erhalten maximal 30 Millionen Franken pro Jahr zur Förderung von Zugverbindungen ins Ausland. Darin eingeschlossen sind Nachtzüge.

Die neue Vorlage, die bis Anfang April in der Vernehmlassung ist, soll ermöglichen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Aus meiner Sicht mit zu viel staatlichem Aktionismus. Ich plädiere für reine Lenkungsabgaben, welche sicherstellen, dass die wahren Verursacher der Emissionen für ihre Kosten bezahlen. ●



Nachhaltige Energiekonzepte: Akkus

Unter dem Gruppenbegriff Energie-Umwandlung und -Speicherung nimmt das Thema Akku eine besondere Position ein, weil es mit hohem Tempo an Bedeutung gewinnt. Der technische Begriff ist «Elektrochemischer Speicher», was schon einiges verrät: Die Energie wird nicht elektrisch, sondern chemisch gespeichert.

Beat Reuteler, CDM FH NDS und Masch.-Ing. HTL

Weil die elektrische Energie sich gegen direkte Speicherung sperrt, suchten Menschen seit Einführung der Elektrotechnik nach effektiven Umwegen, um trotzdem elektrische Energie speichern zu können. Zuerst war dieses Suchen getrieben durch den Bedarf an mobilen, also netzunabhängigen Anwendungen, neuerdings ist zusätzlich die netzgebundene Speicherung von Energie ein Thema.

Vorteile heutiger Akkus

Grob erklärt ist das Wirkprinzip von Akkus die Umwandlung von elektrischer Energie in chemische Energie, (beim Laden) deren Speicherung in der Speicherzelle, und dann wiederum deren Umwandlung in elektrische Energie (beim Entladen). Das Verhältnis der nutzbaren Energie beim Entladen zur verwendeten Energie beim Laden nennt man «Roundtrip-Wirkungsgrad», die Schlüsselgrösse der Effizienz. Heutige Akkus erreichen Wirkungsgrade von 95%. Moderne Lithium-Ionen-Akkus verwenden wenige giftige Stoffe und sind vergleichsweise leicht, was sie für mobile Anwendungen geeignet macht. Sie haben nur eine geringe Selbstentladungsrate (je nach Typ 3 bis 5% pro Monat), könnten also Energie auch über mehrere Monate speichern. Und: Sie können über 1'000-mal geladen werden.

Wirkliche oder vermeintliche Probleme

Man hört viel über die Kobaltminen, wobei es möglich ist, Lithium-Ionen-Akkus ohne Kobalt zu bauen. Was ich auch oft höre, ist das Fehlen von Recycling, wobei gerade jetzt die Firma Northvolt in Schweden ihren ersten zu 100% aus Recyclingmaterial hergestellten Li-Ionen-Akku vorgestellt hat. Die Rohstoffe der ursprünglichen Akkus werden dabei zu 97% wiedergewonnen. Was trotzdem bleibt, ist das Problem der Endlichkeit von Lithiumvorkommen auf der Erde. Dieses Problems nehmen sich Wissenschaftler an, die an «Nach-Lithium-Systemen» forschen. Beispielsweise ist ein Natrium-Ionen-Akku bekannt. Eine bleibende Herausforderung wird auch sein, die Akkus noch leichter zu bauen.

Was ist daran nachhaltig?

Da Nachhaltigkeit ein relativer Begriff ist, kommt es darauf an, womit man vergleicht. Für Diesel oder



Bild: Solare Lithium-Trocknung in der Atacama-Wüste. Quelle: <https://www.roedl.de/themen/erneuerbare-energien/2019-11/lithium-batterie-elektroautos-energie-wende-mobilitaetswende>

Benzin gibt es kein Recycling. Da sind Akkus nachhaltiger: die Stoffe, aus denen sie bestehen, werden nicht verbrannt. Die Frage läuft am Ende darauf hinaus, welche Energieform ich verwende, um Akkus zu bauen. Hier gibt es noch Entwicklungspotenzial, das Prinzip des Akkus selbst ist davon aber nicht betroffen.

Netzgebundene Speicher

Besonders in Europa wird an flow-Akkus geforscht, deren Speichermedium ein organischer Elektrolyt ist. Solche Akkus sind gross und schwer, aber extrem langlebig und können fast beliebig gross gebaut werden. Sie könnten in Zukunft verwendet werden, um Stromnetze zu stabilisieren. Auch die Verwendung von Second-Life-Akkuzellen zu diesem Zweck könnte an Bedeutung gewinnen, wobei es darum geht, leicht abgenutzte Zellen, die für mobile Anwendungen nicht mehr optimal sind, in stationären Einrichtungen weiterzuverwenden. Beispiel: Der stationäre TWICE-Akku, der in Seewen bei Schwyz hergestellt wird, verwendet ausgemusterte Zellen von Post-Rollern.

Ausblick

Werden heute weltweit Akkus mit einer Kapazität von 500 GWh jährlich gebaut, dürften es noch in diesem Jahrzehnt 1,5 TWh und mehr werden. Treiber dieser Entwicklung ist die Elektromobilität. Ca. 2019 (je nach Quelle) wurden erstmals mehr Akkus für diesen Zweck gebaut als für alle anderen Zwecke zusammen (Handys, Uhren, Spielzeuge etc.). Dieser Trend geht nachfragegetrieben weiter, egal ob es uns Spass macht oder nicht. ●

Hoffnungsbarometer 2022 als Chance

Im letzten Teil der Studie nimmt sich das Hoffnungsbarometer den Einstellungen von 4041 Geimpften und 1323 Ungeimpften an zu ihrer Beurteilung der Impfung, Pharmaindustrie, Politik, Wirtschaft und sozialer Themen im Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Die Medien, die Politik und wir alle können daraus lernen – mit positiven Folgen für den sozialen Zusammenhalt.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Absolute Voraussetzung dafür wäre, dass beide Seiten ernst genommen werden. Dass man versuchen würde, soweit möglich, beiden Lagern gerecht zu werden und nach Wegen zu suchen, damit das Miteinander und gegenseitige Verständnis, sprich der soziale Zusammenhalt und die Hilfsbereitschaft wieder gedeihen können.

Zuschreibungen

Es liegt in der Natur der Sache, dass Geimpfte weniger unter den Massnahmen leiden, insbesondere den Ungleichbehandlungen, denen Ungeimpfte ausgesetzt sind. Ebenso, wenn von der Politik und den Medien vor allem die Impfungen als DIE geeignete Massnahme gesehen werden, um die Krise zu bewältigen. Dabei gäbe es auch noch mehr prophylaktische Massnahmen und geeignete frühzeitige Behandlungen, damit es weniger zu schweren Verläufen kommt. Dann wurden immer wieder die Ungeimpften als un-solidarisch gebrandmarkt und hauptsächlich dafür verantwortlich gemacht, dass sich Covid-19 so stark ausbreitete. Weil die Spitäler auch in normalen Zeiten nicht allzu grosszügig

mit Intensivpflegebetten und Personal ausgestattet sind, verschärfte dies die Kritik. Dass sich viele Ungeimpfte durchaus selbstverantwortlich an die Hygienevorschriften halten und vorsichtig sind in Bezug auf Menschenansammlungen, traute man ihnen vielleicht gar nicht zu.

Blickfeldverengungen

Ebenso wollte man nicht wahrhaben, dass Bedenken gegenüber den Impfungen ihre Berechtigung haben können, ebenso das Hinterfragen der Logik und Sinnhaftigkeit gewisser Massnahmen. Denn es gibt nicht einfach «Die Wissenschaft» und 100%ige Erkenntnisse. Ungeimpfte sind weder grundsätzlich Impfgegner noch wissenschaftsfeindlich eingestellt. Wenn zudem nur noch die «richtigen» Experten zu Wort kommen, stärkt dies das Vertrauen nicht gerade. Auch nicht, wenn mutige Ärzte mit anderen Überzeugungen entlassen werden. Und nicht, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass Impfnebenwirkungen kleingeredet bis vertuscht werden. Ebenfalls nicht, wenn mit Zensur und platter Werbung das «unmündige» Volk zu den «gewollten» Überzeugungen gebracht werden soll. All dies wirkt spalterisch und die Solidarität wird untergraben.

Packen wir's?

Es ist nicht verwunderlich, dass die Studie ergeben hat, dass die Solidarität und die Hilfsbereitschaft abgenommen haben. Es braucht den Austausch und eine offene Kommunikation über Unsicherheiten, Vermutungen und wirklich gesicherte Fakten bei Respekt, Wertschätzung und Verständnis füreinander. Ängste und Sorgen gibt es auf beiden Seiten, aber auch Hoffnung und Zuversicht – besonders unter Christen (?!) ●



klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU AG: Die Neuere Kantonsschule Aarau sorgte für Kopfschütteln, weil sie in offiziellen Dokumenten den «Genderstern» verwendet – dies als klarer Ausdruck kulturmarxistischer Ideologie gegen die göttliche Geschlechterordnung von Mann und Frau. Es ist einer Interpellation der EDU-Grossräte Rolf Haller und Martin Bossert zu verdanken, dass der Regierungsrat in deren Beantwortung festhalten musste, dass die ideologisch motivierte Verwendung des «Gendersterns» den Weisungen des Kantons Aargau widerspricht. Der Kanton richtet sich demnach nach dem Leitfaden der Bundeskanzlei, der sich klar von Gender-Sprech und anderen «Verhunzungen» der deutschen Sprache distanzieret. Ob die Kanti Aarau als staatliche Einrichtung für ihr Vorpreschen die verdienten Konsequenzen erfahren wird, wird nun mit Spannung zu beobachten sein.



EDU BS: Die EDU beteiligt sich in Riehen BS an den Gemeindewahlen vom 6. Februar. Als Gemeinderatskandidatin tritt für die EDU Judith Vera Bützberger an, die neue Präsidentin der EDU Riehen.



EDU TG: An der traditionellen Jahresmedienkonferenz der EDU Kanton Thurgau verkündete Parteipräsident Hans Trachsel, welcher die EDU in den vergangenen acht Jahren geleitet hat, dass er an der Mitgliederversammlung vom April demissionieren werde. Christian Mader aus Frauenfeld wird als Nachfolger vorgeschlagen. Mader ist vielseitig engagiert und wird weit über die Parteigrenzen hinaus geschätzt. Seit zehn Jahren politisiert er im Kantonsrat, zudem ist er Fraktionspräsident der SVP/EDU-Fraktion im Frauenfelder Gemeinderat (Legislative).



EDU ZH: Zusammen mit SVP-Vertretern verlangte EDU-Kantonsrat Erich Vontobel in einem Vorstoss die Offenlegung der Sponsoringleistungen der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Die ZKB als öffentlich-rechtliche Bank verstösst aus Sicht der EDU gegen das staatliche Neutralitätsgebot, indem sie als grosszügiger Sponsor des «Zurich Pride Festivals» auftritt. Das Motto der «Pride» lautete 2021: «Trau Dich! Ehe für alle jetzt!» Wer eine solche Lobby-Veranstaltung finanziell unterstützt, macht sich offenkundig gemein mit Abstimmungspropaganda. Dass die ZKB dies leugnet, zeugt nicht von Grösse.



Kreuz um den Hals darf nicht verboten werden

Ein britisches Universitätskrankenhaus forderte eine ihrer Krankenschwestern 2018 auf, zur Arbeit nicht mehr mit einem Kreuz als Halskette zu erscheinen. Der religiöse Schmuck verstosse gegen die Kleiderordnung des Krankenhauses und stelle ein «Infektionsrisiko» dar. Als sich die Frau weigerte (sie sah das Verbot als Angriff gegen ihren christlichen Glauben an), zog sich der Konflikt hin, bis der Frau im Jahr 2020 gekündigt wurde. Das britische Arbeitsgericht entschied nun, dass die Kündigung «ungerecht und diskriminierend» war. Die Richter hielten gemäss [jesus.ch](https://www.jesus.ch) in bemerkenswerter Weise fest: «Christen daran zu hindern, das Kreuz zu zeigen, ist ein Merkmal breiterer Verfolgungskampagnen in einigen Teilen der Welt. Es gibt eine biblische Lehre, die Christen dazu auffordert, offen zu ihrem Glauben zu stehen und ihn nicht zu verstecken.»

Neues von der «Gender»-Front

Darauf hat die Welt gewartet: Auf Mobiltelefonen (iPhone und Android) werden bald neue «Emojis» verfügbar sein. Die bei Textnachrichten beliebten Bildschriftzeichen werden erweitert um Darstellungen eines schwangeren Mannes. Ausserdem wird das Prinzessinnen-Emoji neu in einer «geschlechtsneutralen Version» und in verschiedensten Hauttönen erhältlich sein. Das einzige Emoji, das aus unserer Sicht zu solcher Gesellschaftsverwahrlosung passt, bilden wir rechts zu dieser Meldung ab.





Nadelstiche

Ruedi Ritschard, Kolumnist

«Autsch!!» – Die Nadel kennt kein Erbarmen und dringt tief hinein in die Haut, es sticht und zwackt. Nicht angenehm. Nein, nein, ich liege nicht beim Tätowierer, nein, nein, ich lasse mir nie und nimmer Tinte unter die Haut spritzen. Die sogenannten Stars aus der Sport- und Musikszene lassen sich zum Teil mit schrecklichen Tattoos «verzieren». Das kommt an bei den Fans, nichts wie los ins nächste Tattoo Studio! – Ich habe mir soeben selber einen Nadelstich gesetzt. Mit gezielten Stichen nähe ich die zwanzig gestrickten «Wulleblätze» zu einer farbenfrohen Wolldecke zusammen und bin dabei ausgerutscht, die Nadel hinein in den Finger. Stricken, Nähen, zwei meiner vielen (in diesem Fall buchstäblichen) Leiden-Schaften. Und bei diesem erholsamen Werken kreisen die Gedanken ...

Nadelstiche. Wie erwähnt, ich bin nicht tätowiert. Ein heikles Thema. Ich bin wohl einer der Wenigen unserer Gesellschaft ohne Tattoo. Bin wohl ein Individuum, das zu den Ewiggestrigen gehört, das zu den Erzkonservativen zählt, allen Mode- und vielen anderen Trends abhold ist und seine Tage wirklichkeitsfremd, verknöchert und freudlos zubringt ... Tattoos – ein Reizwort für mich, ich stehe dazu. Für mich ist das Tätowieren eine Verschandelung des Körpers. Wir sind von Gott wunderbar geschaffen und jetzt lassen wir uns ritzen und zerstechen. Zum Teil mit Maschinen, die mit tausenden von Nadelstichen pro Minute Farbe unter die Haut schiessen. Mich schaudert es. Wer nicht mitmacht, wird nicht wahrgenommen, steht draussen, gehört nicht «dazu». Und in der Bibel soll ja anscheinend kein direktes Tattoo-Verbot stehen. Also los, lasst uns stechen! – Ich setze mich da wohl in die Nesseln, aber das ist kein Problem für mich ...

Nadelstiche. Kennen wir auch in der Politik, z.B. eine Politik der kleinen Nadelstiche. Von welcher Seite auch – da wird verdreht, «dräckelet», Halbwahrheiten verbreitet, gestichelt, immer und im-

mer wieder, da wird ganz leise und durchtrieben Druck aufgebaut, bis das Ziel – was auch immer – erreicht ist. Manchmal geht's gehörig zur Sache, oft sind Nadelstiche nur das Vorwort. Persönliche Angriffe sind an der Tagesordnung. Liebe deinen Nächsten ...

Nadelstiche. Kleine boshafte, kränkende Bemerkungen machen. Leute, schreibt Leserbriefe! Den eigenen Frust loswerden, über unsere Regierung lamentieren, den neuen Kampfjet zerzausen, die Armee verteufeln, den Ungeimpften eins über die Rübe ziehen – einfach und günstig dank Leserbriefen! Ich reibe mir die Augen. Da steht doch wahrhaftig in einem Leserbrief einer Tageszeitung: *«Die Ansichten der EDU haben mit christlichem Glauben und den Grundlagen der Bibel wenig zu tun. Es ist eine konservative Partei, wissenschaftskritisch, mit sektiererischen Zügen.»*

In Epheser 4,29 lesen wir (Hoffnung für alle): *«Redet nicht schlecht voneinander, sondern habt ein gutes Wort für jeden, der es braucht. Was Ihr sagt, soll hilfreich und ermutigend sein, eine Wohltat für alle.»* Das wäre mal was für alle Leserbriefverfasser. Natürlich auch Verfasserinnen – und eigentlich für die ganze Bevölkerung.

«Bisch gly fertig?» Die bestens bekannte Stimme reisst mich aus meinen Gedanken. «Bi grad sowyt, Schnügi, chasch d Suppa übertue!» Schnell die letzten Stiche, aber Obacht auf meine Finger. Jetzt ist die Decke fertig. Ich freue mich über das wollene Werk. Meine Frau häkelt später noch eine Abschlusskante aus festen Maschen oder Kettmaschen oder einem Moss-Stitch oder so was Ähnlichem um die Decke herum – oder einfach gesagt: Sie setzt dem ganzen Werk mit einem kunstvollen Rand aus gekonnten Nadelstichen die Krone auf. Die Decke reist jetzt mit vielen andern gestrickten Sachen nach Israel. Auch so, mit gestrickten Decken, Socken und Halstüchern kann man Israel unterstützen. Das macht Freude. Israel, das von der ganzen Welt tagtäglich mit **Nadelstichen** der gemeinsamen Art bombardiert wird. Sogar aus christlichen Kreisen. Tut Israel Gutes – Ihr werdet gesegnet sein. ●

Il DECS perde il pelo, ma non il vizio

Il 23 settembre 2018, il Popolo ticinese disse chiaramente NO alla «Scuola che verrà». L'On. Bertoli non ha ancora accettato la sconfitta popolare e continua a tentare di far rientrare dalla finestra ciò che è stato buttato fuori dalla porta.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino, deputato in Gran Consiglio

L'impostazione del suo «nuovo» progetto fa della «parità di arrivo» per tutti, anziché della «parità di partenza» per tutti, il cardine del sistema della scuola dell'obbligo. Ciò comporterà, a lungo andare, un livellamento verso il basso della Scuola Media.

Gli sforzi individuali, il merito, la competitività, le diversità sono relativizzati a favore di esagerate pretese di uniformità ed inclusione. Quel che continua a proporre il DECS è una riforma sociale più che una riforma scolastica.

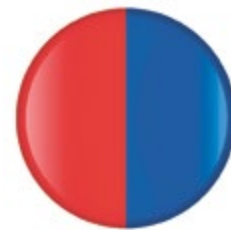
La proposta ora in discussione è quella di sostituire, solo in terza media, in matematica e tedesco, i livelli con i laboratori a classi dimezzate ed a gruppi eterogenei, senza, quindi, tener conto delle attitudini e delle capacità degli allievi.

Al di là dei costi non indifferenti, il progetto ha già sollevato una marea di critiche, anche da parte dei docenti, sia di Scuola Media, sia del post obbligatorio.

Infatti, la proposta non tiene per niente conto dei pareri contrari espressi dagli esperti di matematica e del fatto che

non risolverebbe nulla riguardo al «superamento» dei livelli, poiché in quarta media tali livelli rimarrebbero in vigore; non è neppure stata fatta una vera sperimentazione e non si è voluto nemmeno attendere una valutazione dell'efficacia dei laboratori in prima e seconda media.

Per attuare questo cambiamento in terza media il Governo chiede ora espressamente un credito al Gran Consiglio nell'ambito del Preventivo 2022 che discuteremo in gennaio, proprio contemporaneamente all'uscita di questo numero di EDU-Standpunkt.



Il nostro gruppo, nel rispetto della volontà popolare, si attiverà per impedire la maggior spesa di Preventivo 2022 che attuerebbe una misura della defunta «Scuola che verrà». Quando arriveranno proposte migliori, strutturali e complete per la Scuola Media ticinese ne discuteremo; adesso blocchiamo la proposta monca del DECS. ●

Umfrage: Warum sind Sie in der EDU?

«... Gott erhört uns!»



Die Meinung, dass Politik und Glaube nichts miteinander zu tun haben, teile ich nicht, da ich hierzu andere Erfahrungen gemacht habe. Als ich in Steffisburg vor über 20 Jahren im Parlament Einsitz nahm, war die Umgangsform alles andere als freundlich, sie war von Gehässigkeit und unsachlichen Voten geprägt. Eine Veränderung war nicht in Sicht. Die einzige Hoffnung auf Veränderung blieben der Glaube und das Gebet.

Diese unschöne Ausgangslage war der Start des Gebets vor den Parlamentssitzungen. In einer kurzen Gebetszeit vor der Sitzung, in der Werkstatt unseres EVP-Freunds, brachten wir Gott immer wieder die gleichen Anliegen. Wir beteten um Freundlichkeit, Barmherzigkeit, Sachlichkeit und gegenseitige Achtung. Nach «unbarmherzigen» Sitzungen waren wir oft im Zweifel, ob Gott unsere Anliegen erhören würde. Auch weil wir feststellten, dass die angriffslustigen Personen weder amts- noch

kampfesmäde waren und somit die unwürdige Umgangsform weiterhin prägen würden. Unsere Gebetsgruppe vor der Sitzung setzte sich mittlerweile nicht mehr nur aus EVP und EDU zusammen, sondern Personen aus vier Parteien beteten für Veränderung. In der folgenden Zeit überraschte uns Gott immer wieder mit personellen Veränderungen, die er geschehen liess. Zunehmend war ein Wandel zu erkennen. Seit Jahren erfreuen wir uns nun in Steffisburg über eine «Kultur der Ehre». Die oben erwähnten Gebete wurden erhört und Gott setzte sie um. Ihm gehört Dank und Ehre!

Christian Gerber (59), verheiratet, drei erwachsene Kinder, drei Grosskinder, Revierförster und selbständiger Unternehmer; Mitglied im Gemeinderat Steffisburg; Hobbys: Laufen, Biken, «z'Bärg ga»

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Produkte aus Israel – Direktimport. Jetzt im Angebot: bis zu 50 % Rabatt auf Saftdatteln «Super Juicy», 500 g für Fr. 15.– oder in der Original-3 kg-Schachtel für nur Fr. 72.50; sowie Rotwein Lubavitch und Adir Kerem Cabernet (ab 6 Flaschen 50 % Rabatt). Reiches Sortiment an Weinen, Datteln, Olivenöl, Gewürzen, Tee, Kaffee, Süsses und 100 % natürliche Kosmetika. Wir bieten unsere Produkte im Webshop, auf Bestellung oder im «Lädli» an. Kontakt: www.isratrade.ch, info@isratrade.ch; 077 434 44 73

Medjool-Datteln aus Israel, Ernte 2021, 5 kg Fr. 80.– plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. K: 079 607 12 07

VERMIETEN

Auf Frühling 2022: 2-Zi.-Parterre-Wohnung in Thun-Lerchenfeld. Wohnzimmer mit offener Küche (Geschirrspüler, grosser Kühlschrank), Badewanne, Nichtraucherhaus mit Balkon, Alpensicht, sonnig, Gartenhaus zur Mitbenutzung. Auf Wunsch Parkplatz Fr. 40.–. MZ Fr. 1050.–, NK Fr. 110.–. Auskunft und Besichtigung: 031 781 31 57

Vermiete **in grossem Haus mit Wintergarten** und div. Sitzplätzen **2 möblierte Zimmer (>25 m²) in der Nähe Pro Natura Auried, Kt. FR.** Grosse Küche mit 7-Platz-Eckbank, Galerie-Lesecke, Bastelatelier, Autoeinstellplatz auf Anfrage. Je Zi. Fr. 600.–/Mt. exkl. Strom, Wasser, ARA. K: rita.deuber@gmx.ch, 026 674 09 85

VERSCHENKEN

Das Traktat in unsere Situation: «...verunsichert? Es gibt Hilfe...». Laut einer ETH-Studie haben Schweizerinnen und Schweizer die Weltlage noch nie so düster eingeschätzt wie heute! Aber: Es gibt eine Möglichkeit, dass wir ohne Angst, getrost und mit Frieden im Herzen in die Zukunft schauen können! Helfen Sie deshalb mit, dass dieses Traktat noch in viele Hände kommt! Gratis erhältlich beim Literaturdienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE, SMS + Tel.: 079 613 20 02, E-Mail: literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

www.predigten4you.ch – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag des Monats: EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Biel: jeden 1. Donnerstag des Monats, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag des Monats, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats, 18.30–19 Uhr, Cevi-Zentrum Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

4.2. Oberglatt: 20 Uhr, Hof Wiesengrund, Grundstrasse 23: **Parteitag EDU Zürcher Unterland**, mit Vortrag «...den Menschen in Osteuropa kommt das irgendwie bekannt vor» von Peter Christoph, Projektleiter bei AVC (Aktion für verfolgte Christen und Notleidende). Der Vorstand der «EDU Zürcher Unterland» lädt herzlich ein! Keine Voranmeldung nötig, Verzicht auf Essen und Getränke, Maskenpflicht. Besucherzahl beschränkt, darum Voranmeldung bis 31.1.2022 möglich: 078 860 60 16 per WhatsApp/sms. Der Anlass findet ohne Zertifizierung statt.

14./28.2. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisation: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

20.2. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

2.4. Illnau ZH, Restaurant Rössli: Delegierten- und Mitgliederversammlung der EDU Schweiz (DV vormittags, MV nachmittags). Weitere Infos folgen. K: info@edu-schweiz.ch, 033 222 36 37

(s. auch KANTONALTEIL BE, ZH)

Christliche Anlässe

Gemeinde für Christus 24.–28.1. Gebetstage: «Mit Gott in fremder Umgebung». Gebetszeiten und Andachten. Montagabend bis Freitagmittag jeweils 10.00–11.30 Uhr und 19.00–20.30 Uhr
Weitere Infos: www.freizeithaus.gfc.ch

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

5.–12.2. Seminarwoche Bibelauslegung: 24 Lektionen zu drei biblischen Büchern Kontakt: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

versehnt.ch

10.–12.2.2022 Universität Bern, Schanzeneckstrasse 1: **Konferenz «versöhnt leben»**
11.2.2022 19.30 Uhr, Heiliggeist-Kirche, Spitalgasse 44, Bern: **Konzertlesung mit Samuel Koch und Samuel Harfst**. Weitere Infos: www.versehnt.ch

FEG

12.2. 9.30–16.30 Uhr, Zürich: Ehevorbereitung «Fit für die Ehe?!» – **Impulstag für Verliebte und Verlobte**. Die praxisnahe und hilfreiche Ergänzung zur persönlichen Ehevorbereitung. Auch als Orientierungshilfe für Paare, die noch nicht heiraten wollen. Infos/Anmeldung: www.feg.ch/ehefit

Christus Gemeinde Linth

25.3. 19.30 Uhr, Seminarcenter «Treffpunkt», Etzelstr. 5, Uznach: Vortrag von Philip Bell, Grossbritannien, Creation Ministries International: **«Intelligent Design in der Natur»**. Der Referent wird des

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Schöpfers Genialität in der Schöpfung aufzeigen. Vortrag auf Englisch, Übersetzung ins Deutsche. <https://www.seminarcenter-treffpunkt.com>

7.5. 9–22 Uhr, FEG Aarau, Parkstrasse 16b, **Schönenwerd SO: Jugendanlass DOXA**. Alle Jugendlichen ab 16 Jahren sind herzlichst eingeladen. K: www.doxa-jugendevent.ch

Hinweis: Alle Angaben unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung.

Kontaktperson
Nicole Salzmänn
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 03/2022 wird am 28. Februar 2022 versandt.
Redaktionsschluss:
11. Februar 2022
Druck: 24. Februar 2022

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk
Huttwil



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

Impressum

HERAUSGEBER/REDAKTION

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

INSERATE UND BEILAGEN

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07 | redaktion@edu-schweiz.ch

Anian Liebrand, Redaktionsleitung; Thomas Lamprecht (Vertreter der GL), Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: adobe stock
4, 6, 11, 15, 16: adobe stock
10, 14: shutterstock
19: pixabay
Kopfbilder, 2, 5, 7, 8, 9, 13: zvg

41. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 20 800 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

JAHRESABONNEMENT

nur Fr. 30.-/25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

GESCHENKABOS UND PROBENUMMERN – AUCH ZUM VERTEILEN!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37



Gemeinschaft und Unterstützung neu wagen

Aufgrund aktueller Entwicklungen und der Befürchtung, dass die Zukunft weitere Herausforderungen, Einschränkungen und Nöte bringen könnte, sind diverse neue Gemeinschaften und Vernetzungen entstanden, aber auch unabhängig davon.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Der Gemeinschaftsgarten Tannhof wurde bereits 2014 von Franz und Heidi Schmucki zusammen mit Iwan und Catrina Wüst gegründet. Das Motto lautet: «Wir wollen gemeinsam bewahren, säen, pflügen, ernten, konservieren, Leben teilen.» Das Leitbild orientiert sich an 1. Mose 2,15, 2. Mose 20, Die zehn Gebote sowie Matthäus 22,37-39.

Das Projekt steht jedem Menschen offen, gleich welcher Herkunft, Religion oder Schaffenskraft. Singles, Familien mit Kindern, Alte, Junge, alle sind willkommen! Der Zweck ist, auf gemeinschaftlichen Beeten Gemüse für den Eigenbedarf anzubauen. Der Anbau erfolgt nach den örtlichen Möglichkeiten und den Bedürfnissen der Teilnehmer, nicht nach dem Maximalertrag der Kulturen. Das Ziel ist, wenn möglich für das ganze Jahr, im Kreislauf der Natur schonend und naturnah zu produzieren und wenn möglich zu konservieren. Gemeinsames Arbeiten, Erleben, Teilen und Helfen je nach persönlichen Möglichkeiten, auch Zeit für Spiel, Spass und gemeinsames Essen sind mit inbegriffen. Weitere Infos: www.gemeinschaftsgarten-tannhof.ch

Vielleicht haben auch Sie gemeinsame Projekte bis hin zu Wohn- und Lebensgemeinschaften realisiert oder träumen noch davon? Etwa nach dem Vorbild von Apostelgeschichte 3, 44.45: «Alle Gläubigen waren aber beisammen und hatten alle Dinge gemeinsam; Sie verkauften die Güter und Besitztümer und verteilten sie unter alle, je nachdem einer bedürftig war.» Dies ist wohl nicht jedermanns Sache. Sicher gibt es weniger weit gehende Umsetzungen, die ebenso spannend, ermutigend und gesegnet sind. Über entsprechende Erfahrungsberichte würden wir uns freuen. ●

**SCHLUSS
PUNKT**

Unsere Vision: Hoffnung für Menschen am Nil

Um die freiwerdende Position des Leiters Administration wieder zu besetzen, suchen wir für unsere Geschäftsstelle in Knonau ZH zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein bis zwei

Mitarbeiter Administration (m/w)

Für diese vielfältigen Aufgaben wünschen wir uns Personen mit fundierten Kenntnissen in den Bereichen Buchhaltung/Finanzen, Personalverwaltung und Informatik. Je nach Ihren Gaben und Interessen können weitere Aufgaben das Stellenprofil ergänzen.

Mit Ihrer herzlichen und offenen Art, vielseitigem Interesse und einer diakonischen Grundhaltung ergänzen Sie uns als Teamplayer. Wir sind ein kleines, flexibles, motiviertes Team, das in einem internationalen und interkulturellen Umfeld arbeitet. Es ist uns wichtig, im Arbeitsalltag mit Jesus Christus unterwegs zu sein.

Einen Link zur ausführlichen Version dieser Stellenausschreibung finden Sie auf unserer Webseite www.mn-international.org. Dort erfahren Sie auch mehr über unsere Arbeit in sechs afrikanischen Ländern: Ägypten, Sudan, Äthiopien, Eritrea, DR Kongo und Tansania.

Sind Sie das Puzzlestück, das uns fehlt? Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung per E-Mail. Unser Missionsleiter Markus Fischer steht gerne auch telefonisch für ein erstes Gespräch zu Verfügung.

E-Mail: m.fischer@nilemail.org | Telefon: +41 44 767 90 93



Mission am Nil International
www.mn-international.org

SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können helfen!
www.mercyships.ch

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

www.huwa.ch **Huwa** seit 1911

Huwa

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Mission Aviation Fellowship

MAF
maf-schweiz.ch

E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

NORTHERNBREEZE.CH

BALTIC FOOD
NOTRationen
KRISENVORSORGE
OUTDOOR
HOME & PLEASURE

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

Segel neu setzen
Ziele erreichen

Coaching Kleeli
coaching.kleeli.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

OPFER BRAUCHEN KEIN MITLEID, SIE BRAUCHEN EINEN JOB.

► glowbalact.com

glowbalact AKTIV GEGEN MENSCHENHANDEL

schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik
www.schenkag.com

NEUES wagen!



MIT ETHOS & FACTUM GUT
INS NEUE JAHR STARTEN.



KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN:
Tel. 0041 (0)71 727 21 20 | www.schwengeler.ch